



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 171. Ratssitzung vom 24. November 2021

4645. 2020/364

Postulat von Stephan Iten (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 26.08.2020:

Verzicht auf Personenwagen mit eingebauten, mobilen Radarmessgeräten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2817/2020): *Wir haben hier ein weiteres düsteres Kapitel in der Verkehrspolitik der rot-grünen Regierung. Über Blitzkästen diskutieren wir hier oftmals, unzählige Mal wurde uns versichert, dass diese keine monetären Hintergründe haben – sie würden lediglich der Verkehrssicherheit und der Prävention dienen. Was jetzt aber getan wird, hat mit Verkehrssicherheit oder Prävention nichts zu tun. Es sind reine monetäre Absichten. Radaranlagen werden in Autos versteckt, die auf öffentlichen Parkplätzen parkiert werden. Damit werden Autofahrer hinterlistig gebüsst. Ich nenne das «Abzocke des Autofahrers». Man kann mir entgegen, dass ich lediglich die Geschwindigkeit einhalten muss, damit ich nichts bezahle. Bei Tempo 30 und einer Toleranz von fünf Prozent reicht ein Kilometer pro Stunde. Das ist «Abzocke». Das hat nichts mit Verkehrssicherheit oder Prävention zu tun. Denn man erhält zwei Wochen später eine Busse und weiss dabei nicht, warum man sie erhält: Die Radarfallen in den Autos blitzen nicht mehr. Wenn man bedenkt, wo die zwei Fahrzeuge der Stadt jeweils aufgestellt werden, sieht man, dass das nichts mit der Verkehrssicherheit zu tun hat. Ein Standort befindet sich auf der Seebacherstrasse, wo die Strasse steil bergab führt und man bremsen muss, um Tempo 30 einhalten zu können. Bremsen verursacht Bremsstaub. Die Umwelt wird belastet, damit man von den hinterlistigen Kästen nicht erwischt wird. Der zweite Standort befindet sich auf der Wasserwerkstrasse. Die Situation ist dort sehr übersichtlich, man fährt nur geradeaus und muss sich nicht auf das Tachometer konzentrieren. Auch dort wird der Kasten sehr oft gesichtet. Es sind also zwei Standorte, die mit der Verkehrssicherheit nichts zu tun haben. Sie sind nur dazu da, möglichst viel Geld zu verdienen. Wo es wichtig wäre – bei Kindergärten und Schulen – sieht man nie einen Radarkasten. Wenn die Velofahrer bei Kindergärten und Schulen die Kinder beim Fussgänger über den Haufen fahren, dann wird jemand vorbeigeschickt, der mit den Velofahrern spricht. Gebüsst wird keiner. Dazu kommt, dass in einem solchen Auto mit einer Radaranlage die ganze Zeit eine Person sitzen muss, um die Anlage zu bedienen. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern. Die Person im Auto büsst keinen Velofahrer, der auf dem Trottoir vorbeifährt. Sie ist nur dafür da, die Radaranlage auf die Autofahrer auszurichten. Wenn kontrolliert wird, dann alle Verkehrsteilnehmer auf der gleichen Strecke! Gerade auf der Wasserwerkstrasse gibt es keinen Grund mit dem Velo auf dem Trottoir zu fahren. Darum bitten wir den Stadtrat, auf solche hinterlistigen Machenschaften zu verzichten. Er soll dort kontrollieren, wo es notwendig ist und es tat-*



sächlich der Verkehrssicherheit dient und nicht dort, wo möglichst viel Geld verdient werden kann. Es sollten nicht die einen gebüsst und mit den anderen gesprochen werden. Wenn Parkplätze radikal vernichtet und abgebaut werden, sollten nicht die wenigen verbleibenden dazu genutzt werden, solche Radaranlagen zu platzieren. Wenn man aus Sicherheitsgründen Kontrollen machen will und diese auf den Parkplätzen erfolgen müssen, dann sollte man wenigstens darauf hinweisen, dass bei einem Unfallschwerpunkt kontrolliert wird, damit man nicht unverhofft zwei Wochen später eine Busse erhält.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Die Lenkerinnen und Lenker in der Stadt wissen, dass die Geschwindigkeit jederzeit und überall überprüft werden kann. Das unterstützt ein moderates Fahrverhalten und damit wird die Verkehrssicherheit verbessert und erhöht. Eine Kennzeichnung von Kontrollanlagen wäre kontraproduktiv. Ich erlaube mir einen Hinweis zu machen, den mir die Stadtpolizei mitgab. Das Geschwindigkeitslimit ist generell einzuhalten, auch wenn keine Kontrollen angekündigt werden. Der Einsatz der Radarmessgeräte ist vor allem dann nötig, wenn es um die Sicherung von Schulwegen geht, bei Unfallschwerpunkten, temporären Sicherheitsproblemen oder wenn das von Bürgerinnen und Bürgern verlangt wird. Wenn es möglich ist, benutzt die Stadtpolizei keine öffentlichen Fahrzeuge für die Radarfahrzeuge. Die einzelnen Kontrollen dauern zudem maximal zwei Stunden. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Stadtpolizei zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags weiterhin das Instrument von mobilen Radargeräten nutzen soll.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist ein offenes Geheimnis, warum der Ratspräsident dieses Postulat pünktlich um 22 Uhr noch behandeln liess. Die Taktik ist klar: Er wollte, dass möglichst nicht mehr über das Postulat gesprochen wird. Es kommt nicht von ungefähr, dass ich von Ratskolleginnen und Ratskollegen aufgefordert wurde, auf mein Votum zu verzichten. Auf diese Taktik des Ratspräsidenten, mir das Wort zu verbieten, gehe ich nicht ein. Es wird Finanzpolitik und nicht Sicherheitspolitik betrieben. Wenn es tatsächlich um Sicherheit ginge, dann sollten Tafeln aufgestellt werden, die blinkend signalisieren, wenn man zu schnell unterwegs ist. Dann hat man die Aufmerksamkeit dafür und kann sich auf die Strasse konzentrieren. Versteckte Kameras führen dazu, dass ständig auf das Tachometer gestarrt wird, was die Sicherheit gefährdet.

Markus Merki (GLP): Die GLP wird das Postulat unterstützen. Für diese Art von Geschwindigkeitsmessungen braucht es ein Auto und einen Menschen. Beide verursachen Kosten. Es wäre effizienter mehr mobile Geräte zu kaufen. Wir unterstützen das Postulat, weil wir mehr mobile Geräte anstelle der Geräte in den Autos fordern.

Stephan Iten (SVP): Ich bin erstaunt über solche Aussagen nach meinem Votum. STR Karin Rykart erwähnte, dass wir heute bereits häufig über Strassen bei Schulhäusern sprachen und sie machte darauf aufmerksam, dass Geschwindigkeiten einzuhalten sind. Fahrzeuglenker wissen, dass die Geschwindigkeit einzuhalten ist. Mich erstaunt aber, dass jeder Velofahrer weiss, dass der Fussgänger Vortritt hat – und dass dafür doch



3 / 3

Personen geschickt werden, um mit ihnen zu sprechen. Es hat also nichts mit Verkehrssicherheit zu tun. Dem Autofahrer wird es ungemütlich gemacht und es soll möglichst viel aus ihm herausgeholt werden. Wenn es um die Sicherheit ginge, würde es Bemühungen geben, damit die Velofahrer die Kinder nicht auf Schulwegen überfahren.

Das Postulat wird mit 42 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat